

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2484

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2484



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

COVID-19

GRÜNE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

25. März 2020



Damit die Schweiz die Herausforderungen rund um das Corona-Virus meistern kann, hat der Bundesrat mit der COVID-19-Verordnung 2 vom 13. und 16. März 2020 zahlreiche Sofortmassnahmen eingeleitet. Die GRÜNEN begrüssen und unterstützen die Massnahmen, welche der Gesundheit unserer Bevölkerung dienen, voll und ganz. Aus grüner Sicht fehlen jedoch die sozialen Massnahmen. Die Folgen des Corona-Virus und die Massnahmen zu seiner Bekämpfung werden bereits benachteiligte Bevölkerungsschichten und weniger wohlhabende Haushalte besonders hart treffen. Ausserdem sind diejenigen, die nicht von zuhause aus arbeiten können, weiterhin gefährdet und gefährden andere bei ihrer Arbeit und auf dem Weg dorthin. Darüber hinaus sehen sich Mitarbeitende von Krankenhäusern und krankenhausnahen Einrichtungen einem beispiellosen Druck ausgesetzt, wodurch ihre physische und psychische Gesundheit gefährdet wird.

Analyse

1. Der Schutz der Arbeitnehmenden vor der Verbreitung des Virus ist immer noch nicht ausreichend

In Krisenzeiten wie diesen werden soziale Unterschiede nochmals verstärkt. Homeoffice wird zwar empfohlen, ist aber noch immer nicht vorgeschrieben. Nicht alle Arbeitnehmende können zuhause arbeiten oder die Kinderbetreuung übernehmen. Zum Teil auch aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dementsprechend sehen sich immer noch viele Leute gezwungen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und mit Mitarbeitenden oder Kund*innen in Kontakt zu kommen. So sind beispielsweise Verkäufer*innen, die in Geschäften des täglichen Bedarfs arbeiten, besonders gefährdet.

2. Der Schutz des Gesundheitspersonals stösst an seine Grenzen

Die Beschäftigten des Gesundheitswesens stehen an vorderster Front bei der Bewältigung dieser Gesundheitskrise. Ihr Sondereinsatz wird zu wenig honoriert. Ein Grossteil des Personals muss auf Feier- und Ruhetage verzichten, hat die Anweisung erhalten, jederzeit einsatzbereit zu sein, ist konstant mit kranken oder gefährdeten Personen in Kontakt und muss den Kontakt zu den eigenen Familien und Angehörigen reduzieren. Das Personal im Gesundheitswesen steht unter Druck: Die physische und psychische Gesundheit ist gefährdet.

3. Familien sind kurz- und langfristig am stärksten betroffen

Mit der Schliessung von Schulen und der notwendigen Distanz zu den Grosseltern wird die Betreuung der Kinder, nicht nur für das Gesundheitspersonal, sondern für alle Familien, zum dringenden Problem, das unzureichend gelöst ist. Homeoffice für Berufsgruppen, bei denen dies möglich ist, ist als Massnahme zum Schutz gegen das Corona-Virus zwar zu begrüssen, stellt jedoch eine grosse Belastung für Familien dar:

Das Zusammenleben in ungewohnter Nähe, für eine ungewöhnlich lange Zeit gekoppelt mit finanziellen Existenzängsten, kann zu zwischenmenschlichen Konflikten führen. Homeoffice ist nicht vereinbar mit den Schulschliessungen, welche einher gehen mit der Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder zu betreuen und gleichzeitig ihre Ausbildung zu gewährleisten. Nicht alle Kantone setzen die Verordnung des Bundesrates um, die notwendigen Betreuungsangebote für Kinder, die nicht privat betreut werden können, zur Verfügung zu stellen.

Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen können nicht mehr angemessen betreut werden. Konflikte mit erschöpften Eltern könnten zunehmen und damit auch die psychischen Folgen für betroffene Kinder.

Die Krankenkassen haben bereits eine Erhöhung der Prämien aufgrund des Corona-Virus angekündigt. Die Prämien belasten aber bereits heute den unteren Mittelstand. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass die Corona-Krise nicht auf dem Buckel des Gesundheitspersonals, der Familien und der Menschen mit kleinem Einkommen und schwierigen Lebenssituationen ausgetragen werden darf. Es braucht nun rasche Lösungen.

Kurzfristige Massnahmen

Die GRÜNEN fordern vom Bundesrat folgende Massnahmen, um die sozialen Folgen der Corona-Krise zu mildern:

1. Mehr Schutz der Arbeitnehmenden vor der Verbreitung des Virus:

- Wir fordern das Recht auf Homeoffice, wenn die Tätigkeit dies ermöglicht.
- Wir fordern das Recht zur Freistellung vom Arbeitsplatz bei vollem Lohnersatz bei Berufen, die nicht von zuhause aus ausgeübt werden können, falls die Einhaltung der Gesundheitsauflagen nicht vollumfänglich möglich sind (zum Beispiel auf Baustellen).
- Wir fordern die Lohnfortzahlung auch für Personal, das nach Aufwand, Provision oder Gage bezahlt wurde.
- Wir fordern ein Recht auf die Betreuung der von KITA- und Schulschliessung betroffenen Kinder durch bezahlten Urlaub der Eltern.
- Wir fordern die konsequente Einhaltung der Verordnung des Bundesrates zur Kinderbetreuung:
 - o Art. 5 Abs. 3 COVID2: *«Die Kantone sorgen für die notwendigen Betreuungsangebote für Kinder, die nicht privat betreut werden können. Besonders gefährdete Personen dürfen dazu nicht eingebunden werden.»*
 - o Art. 5 Abs. 4 COVID2: *«Kindertagesstätten dürfen nur geschlossen werden, wenn die zuständigen Behörden andere geeignete Betreuungsangebote vorsehen.»*

Bei Nichteinhaltung müssen die Kantone angemahnt und sanktioniert werden.

- Trotz reduziertem Angebot fordern wir genügend Sitzplätze im öffentlichen Verkehr, damit alle Pendler*innen die empfohlene Distanz einhalten können.

- Die Schutzmassnahmen im Detailhandel müssen verstärkt werden. Kann der Schutz nicht gewährleistet werden, soll das Personal bei vollständigem Lohnersatz zuhause bleiben können.
- Wir fordern ein Recht auf einen bedingungslosen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Obdachlose, Asylsuchende und Abgewiesene in Nothilfe. Sie brauchen zudem Räume, in denen sie die Anweisungen der empfohlenen Distanzierung umsetzen können.

2. Mehr Schutz des Gesundheitspersonals

Für die GRÜNEN reicht es nicht aus, dem Pflegepersonal zu danken. Es braucht konkrete Massnahmen.

- Wir fordern zusätzliche Angebote für die Betreuung der Kinder des Gesundheitspersonals. Diese müssen kostenlos sein und auch Kinder aus den Grenzgebieten aufnehmen, um Menschen, die für die Aufrechterhaltung des Systems unerlässlich sind, zu entlasten.
- Wir fordern, dass die geleistete Mehrarbeit des Gesundheitspersonals mit Zuschlägen und Kompensationszeiten ausgeglichen wird.
- Wir fordern einen Erholungsplan für das Gesundheitspersonal nach Abschluss der Krise in Bezug auf Urlaub, Erholungstage und Überstunden.
- Wir fordern, dass die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit des Pflegepersonals berücksichtigt werden.

3. Mehr Schutz und Hilfe für die Familien

- Wir fordern die Übernahme der Kosten eines Corona-bedingten Prämienanstiegs durch den Bund.
- Wir fordern eine Erhöhung der schulpsychologischen Betreuungskapazitäten bei der Wiedereröffnung der Schulen, um eine gute psychische Versorgung der Kinder zu gewährleisten.
- Wir fordern ausreichende polizeiliche und gerichtliche Ressourcen, um in Fällen häuslicher Gewalt einzugreifen. Es muss möglich bleiben, Entfernungs- und Fernhaltungsmassnahmen zu erlassen.
- Wir fordern die Öffnung von zusätzlichen Notunterkünften – zum Beispiel Hotels, die offen bleiben – für Opfer von häuslicher Gewalt.
- Wir fordern die Möglichkeit von unkomplizierter psychotherapeutischer Unterstützung für Menschen in psychischen Notlagen, die durch die Massnahmen gegen das Corona-Virus ausgelöst wurden.

Längerfristige Massnahmen

Die konkreten Massnahmen, die wir kurzfristig vorschlagen, reichen alleine nicht aus. Sie müssen mit einer umfassenden Überprüfung des Sozialversicherungs- und des Gesundheitssystems einhergehen. Diese Pandemie zeigt die Grenzen unserer Sozialsysteme auf.

- Wir fordern zusätzliche Mittel für die Ausbildung von medizinischem, pflegerischem und paramedizinischem Personal.
- Wir fordern angemessene Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für das gesamte Gesundheitspersonal, sowie die Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder und Verwandten im Bedarfsfall (ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen), damit dieser Sektor attraktiv ist und die ausgebildeten Menschen im Beruf bleiben.
- Wir fordern eine angemessene und qualitativ hochwertige ambulante, teilstationäre und stationäre Gesundheitsinfrastruktur für alle Generationen, von Kindern bis zu den Betagten.
- Wir fordern ein einheitliches, öffentliches Krankenversicherungssystem, das auf plötzliche Kostensteigerungen reagieren kann, ohne die Haushalte übermässig zu belasten.
- Wir fordern, dass die Versorgung mit Arzneimitteln und die Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln gewährleistet wird.
- Wir fordern, dass die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um das öffentliche Gesundheitssystem zu stärken. Es braucht drastische und demokratisch abgestützte Verbesserungen bei der Planung, der Koordination und der Effizienz sowohl für die stationäre als auch für die ambulante Versorgung. Ein System, das auf Zusammenarbeit und nicht auf Wettbewerb zwischen den Akteuren basiert.
- Wir fordern, dass Überlegungen zu verschiedenen Modellen des Grundeinkommens miteinbezogen werden.